

Ein Krimi in der «Tonne»

LAUPEN Das macht gluschtig: Eine «turbulente Mischung aus Spannung und Humor» erwartet das Publikum beim neuen Stück des Theaters «Die Tonne». Gespielt wird das Kriminalstück «Bumerang» des englischen Autors Jack Popplewell.

Die Geschichte, kurz zusammengefasst: Der Impresario Heinrich Klein wird im Auto angeschossen und entgeht dem Tod nur knapp. Wer hat es auf das Leben des erfolgreichen Theatermanns abgesehen – Kommissar Zweifel, der sich der Sache annimmt, versucht Licht in den Fall zu bringen. Dann geschieht tatsächlich ein Mord...

Gespielt wird dieser muntere Krimi von Schauspielern des «Tonne»-Ensembles. Regie führt Herbert Boss, der auch für die Übertragung des Textes ins Berndeutsche verantwortlich ist. Es ist dies seine dritte Regiearbeit in der «Tonne»: 1997 inszenierte Boss «Arsen und Spitzehübli» und 2000 «Die Unterrichtsstunde».

Das Theater «Die Tonne» existiert seit mehr als 40 Jahren. Es handelt sich dabei um ein engagiertes Amateurtheater, das sich nicht festlegen lässt und Kabarett, Frisch sowie Shakespeare spielt, wie es in einer Medienmitteilung heisst. (rr)

[1] **BUMERANG** Im Kellertheater «Die Tonne» an der Marktgasse 19 in Laupen. Premiere: 14. Januar (ausverkauft). Anschliessend Vorstellungen bis am 10. Februar – Infos unter www.dietonne.ch. Vorverkauf unter Telefon 031 747 99 80 (Papeterie Läubli in Laupen).

KURZ

Festgottesdienst mit Kobia
STADT BERN Vom 14. bis 23. Februar findet im brasilianischen Porto Allegre die Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (OeRK) statt. Aus diesem Grund feiert Samuel Kobia, Generalsekretär des OeRK, am 18. Januar gemeinsam mit Delegierten, die nach Porto Allegre reisen, in Bern einen Festgottesdienst. Er ist öffentlich und findet um 17 Uhr in der Französischen Kirche statt. (pd)

«Ice and Fire» an Fasnacht
BELP Die Fasnacht vom 28. Januar wird unter dem Motto «Ice and Fire» stehen. Der Umzug beginnt um 14 Uhr; wie immer steigt am Abend ein Maskenball. Näheres findet sich im Internet unter www.belperfasnacht.ch. (pd)

Urs Hochstrasser wird 80
MURI Heute feiert Urs Hochstrasser, von 1969 bis 1989 erster Direktor des Bundesamts für Bildung und Wissenschaft, in Muri seinen 80. Geburtstag. (gms)

REKLAME

THERMALP
LES BAINS
D'OVRONNAZ
Hotelresidenz ***
1911 Ovornnaz / VS
027 305 11 11 - info@thermalp.ch

Hit Ski + Thermalbad

- Unterkunft 6 Nächte ohne Hotelservice
- 6-Tage-Skiabonnement
- Freier Eintritt in die Thermalbäder
- Zugang zur Sauna
- Zugang zum Fitness
- Bademandel und Sandalen
- 1 Parkplatz pro Wohnung

Schweizer Hotel

Ab Fr. 679.- pro Person

On-line Reservation: 5% Rabatt auf www.thermalp.ch

Hallenbecken 33° - Whirlpool 36°
2 Freiluftbecken 34°/35°

«Brings» nimmt alles entgegen

Münchenbuchsee hat regionalen Entsorgungshof auf privatwirtschaftlicher Basis in Betrieb genommen

Die Schwendimann AG betreibt in Münchenbuchsee seit Anfang Jahr den regionalen Entsorgungshof «Brings». Auswärtige zahlen separate Gebühren, für Einheimische ist der Service in der Grundgebühr inbegriffen.

DANIEL VONLANTHEN

In der Stadt Bern wird derzeit heftig um die Planung des städtischen Entsorgungshofs Nord gestritten (siehe untenstehenden Artikel), Münchenbuchsee indes hat Anfang Jahr einen mit neuester Logistik ausgerüsteten Entsorgungshof in Betrieb genommen – ohne politische Auseinandersetzung. Für den Betrieb ist die Firma Schwendimann AG zuständig, die seit 2001 den Werkhof im Auftrag der Gemeinde privatwirtschaftlich betreibt.

«Brings» liegt ausserhalb des Dorfzentrums an der Bielstrasse und ist für Auto fahrende Entsorger konzipiert. 225 Kunden haben den Hof beispielsweise am letzten Samstag in Anspruch genommen. Sämtliche Wertstoffe werden nach Gewicht verrechnet und an Ort und Stelle nach 35 Fraktionen gesondert gesammelt. Für Einheimische ist die Dienstleistung über die Grundgebühr bezahlt; Auswärtige zahlen eine Bearbeitungsgebühr von zehn Franken sowie einen Preis nach Gewicht. Die unterschiedliche Taxierung nach Einheimischen und Auswärtigen ist eine Folge der unsolidarischen Haltung der Gemeinden, die sich vorerst nicht an den Kosten beteiligen wollten. Das Abrechnungssystem erlaubt Rückschlüsse auf den Wohnsitz der Kundschaft.

Die Firma trägt das Risiko

Die Firma Schwendimann investierte 400 000 Franken in Sammelstelle und Logistik und trägt das unternehmerische Risiko allein. Erst die Auswertung der Daten werden zeigen, ob der Betrieb wirtschaftlich sei, sagt Geschäftsführer Matthias Schwendimann. «Im Mo-



Der Prozessverantwortliche des Münchenbuchser Entsorgungshofs, **Michael Wälti**, nimmt Stoffe gesondert entgegen. MANU FRIEDERICH

ment sammeln wir die Grundlagen dazu.» Ziel sei aber nach wie vor eine regional getragene Lösung.

70 Jahre Familientradition

Know-how im Abfallgeschäft eignete sich die Firma 1991 im Kirchberger Versuch der gewichtsabhängigen Kehrichtgebühr an. Bereits seit 1935 steht das Familienunternehmen im Dienst der Gemeinde Münchenbuchsee. Damals war der «gutmütige Charakter der Pferde – keine Beisser, Schläger und Ausreisser» für den Gemeindeauftrag ausschlaggebend, heute sind es Entsorgungssicherheit, Kontinuität, Effizienz, Kosten und die gute Zusammenarbeit zwischen Firma und Verwaltung. Die Schwendimann AG beschäftigt 45 Mitarbeitende, darunter vier Lehrlinge. Das Unterneh-

men sei auch bestrebt, drei bis vier Schonarbeitsplätze anzubieten, so Schwendimann. Das Buchser Modell gilt als einzigartig: Erstmals in der Schweiz übertrug eine Gemeinde sämtliche Werkhofaufgaben einer privaten Unternehmung. Die Aufgaben umfassen Abfallentsorgung, Kadaversammelstelle, Strassen- und Kanalisationsunterhalt, Winterdienst, Pflege öffentlicher Anlagen und anderes mehr. Die Firma entsorgt zudem den Abfall von weiteren 33 Gemeinden in der Agglomeration Bern. Die Bevölkerung zeigte sich in Umfragen zufrieden mit dem umfassenden Service.

Mit der Abfallentsorgung der Stadt ist jene in Gemeinden allerdings nicht vergleichbar, wird doch 80 Prozent des regionalen Abfalls über Container entsorgt.

«Nichts Revolutionäres»

Die Gemeinden haben gemäss übergeordnetem Recht das Entsorgungsmonopol für Siedlungsabfälle und ähnliche Abfälle aus Industrie- und Gewerbebetrieben und müssen eine gesonderte, selbsttragende Rechnung für ihre Abfallentsorgung führen. Die Gemeinden strebten deshalb nach möglichst kostengünstigen Lösungen, sagt Jacques Ganguin, Vorsteher der Abteilung Abfallwirtschaft des Kantons Bern. Dabei sei es unerheblich, ob die Gemeinde die Entsorgung in Eigenregie oder durch Private ausführe: «Wichtig ist, dass die Beteiligten mit den Dienstleistungen zufrieden sind.» Das Beispiel der privatisierten Münchenbuchser Entsorgung findet der Abfallspezialist ebenso sinnvoll wie die städtische Entsorgung Bern.

Der geplante Bau des Entsorgungshofs Bern Nord sei «nichts Revolutionäres», so Ganguin, denn es gebe zahlreiche vergleichbare, gut funktionierende Höfe in der Schweiz. Es sei allerdings verständlich, dass private Entsorgungsfirmen eine verstärkte Konkurrenzierung durch die Stadt fürchteten. Die Grenze zwischen industrieller und kommunaler Entsorgung sei fließend. (dv)

STÄDTISCHE ABSTIMMUNG VOM 12. FEBRUAR

Vertauschte Rollen auf dem Podium

An einer Podiumsdiskussion des Dialogs Nordquartier zum Entsorgungshof Bern Nord stand bei den Anwohnern die Angst vor Mehrverkehr im Zentrum. Politiker stritten darum, wem der lukrative Teil des Abfallgeschäfts zusteht – Privaten oder der Stadt?

Über das Thema Abfall werden normalerweise keine abendfüllenden Diskussionen geführt. Ganz anders am Dienstagabend im Restaurant Jardin im Berner Nordquartier. Gegen 200 Personen fanden sich im grossen Saal ein, um die Podiumsdiskussion über den geplanten Entsorgungshof Nord zu verfolgen, dabei mit Räuspern und Applaudieren die Voten der Politiker zu quittieren und in einem zweiten Teil Fragen zu stellen – oder vielmehr Feststellungen anzubringen.

Denn das Thema bewegt in Bern Nord die Gemüter: Sagen am 12. Februar die Berner Stimmberechtigten an der Urne Ja zum Landkauf und zum Projektierungskredit für den neuen Entsorgungshof (siehe Kasten), dann befürchten insbesondere die Anwohner der Wank-

dorfeld- und der Winkelriedstrasse Mehrverkehr. Das war verschiedenen Voten aus dem Publikum zu entnehmen. So warnte etwa SVP-Grossrat und Anwohner Max Sterchi davor, dass nicht nur Stadtberner ihre Altmöbel und sonstiges Sperrgut in den Entsorgungshof bringen würden, sondern auch solche, die aus Bolligen und anderen Gemeinden ins Wankdorf-Center zum Einkauf oder ins Wylerbad zum Baden kämen. Eine Anwohnerin fragte, warum die Stadt nicht längst Verkehrsberuhigungsmassnahmen auf der Wankdorffeldstrasse ergriffen habe, sei doch der Verkehr wegen des Migros-Hobbyzentrums heute schon hoch.

Dazu sagte Tiefbaudirektorin Regula Rytz, die Stadt könne noch im Februar der Bevölkerung den neuen Quartierplan für das Nordquartier vorstellen, der nach der Vernehmlassung überarbeitet worden sei. «Dann können wir den Leuten zeigen, wie die Stadt sie vor Verkehr und Immissionen schützen will.» Beat Hunziker, Leiter der städtischen Abfallentsorgung, führte weiter aus, mit dem neuen Entsorgungshof würde aus gesamtstädtischer Sicht nicht zusätzlich Verkehr generiert; Ziel sei es vielmehr, Auto- und Lastwagen-

fahrten einzusparen. Statt der heutigen vier gebe es noch zwei Entsorgungshöfe, zudem würden vom Entsorgungshof, der direkt an die Bahnlinie zu liegen käme, rund 70 Prozent der Abfälle und wiederverwertbaren Stoffe mit der Bahn abtransportiert, rund 15 000 Tonnen.

Wer verdient am Abfallgeschäft?

Die Verkehrsfrage beschäftigte auch in der von «Bund»-Redaktor Daniel Vonlanthen geleiteten Podiumsdiskussion – wobei die Rollen für einmal vertauscht waren: Die bürgerlichen Gegner der Vorlage, FDP-Stadtrat Stephan Hügli und Grossrat Arnold Bertschy (ex cvp), warnten, die Zufahrten zum Entsorgungshof würden Mehrverkehr bringen. Sie schlüpfen in die Rolle der Verkehrsgegner. Hügli: «Der Hof steht am falschen Ort, mitten in einem Wohnquartier.» SP-Stadtrat Stefan Jordi, Befürworter des neuen Entsorgungshofs, hielt entgegen, die Anlage befände sich am Rand des Quartiers. Dazu Bertschy: «Man muss durch das Quartier fahren, um zum Entsorgungshof zu gelangen.» Worauf Jordi befand, es sei «interessant, dass sich nun Politiker des Themas Verkehrsbelastung annehmen, die sich sonst nie um solche Fragen kümmern». Er fand sich unvermit-

telt in der ungewohnten Situation, den zu erwartenden Mehrverkehr als zumutbar vertreten zu müssen.

Allerdings deutet einiges darauf hin, dass die Politiker auf dem Podium die Verkehrsfrage weniger beschäftigte als der Streit darum, wer wie viel am Abfallgeschäft teilhaben soll. Nach den Plänen der Stadt ist im Entsorgungshof unter anderem eine Sortierungsanlage vorgesehen, um Papier, PET und Glas zu trennen und der Wiederverwertung zuzuführen. Damit lässt sich Geld verdienen, daran möchte die Stadt teilhaben. Das passt den Bürgerlichen nicht: «Die Stadt soll sammeln, Private sortieren», sagte Hügli – so werde es heute gemacht,

DIE VORLAGE

An der **Wankdorffeldstrasse 92-96** soll auf dem ehemaligen Areal eines konkursiten Betriebs ein grosser städtischer **Entsorgungshof** mit einem Dienstleistungsangebot für die Bevölkerung und das Gewerbeschaftserwerb. Für den Liegenschaftserwerb und die Projektierung wird den Stimmberechtigten ein **Gesamtkredit von 3,088 Millionen** Franken beantragt. Der Stadtrat empfiehlt mit 49 gegen 25 Stimmen, den Kredit zu bewilligen.

am Bewährten solle man festhalten. Dem Projekt der Stadt fehle es im Übrigen an Grundlagen, der Entsorgungshof sei zu teuer, «er kann nicht rentieren, nimmt Privaten Arbeit weg». Die im Abfallwesen tätigen Berner Firmen böten heute 400 Arbeitsplätze, diese Firmen könnten in Bedrängnis geraten. Darauf konterte Jordi, dass diese Firmen selbst gesagt hätten, der Entsorgungshof könnte bei ihnen allenfalls zu einem Abbau von 4 bis 40 Stellen führen, nicht mehr. Dem Publikum gab er zu bedenken, «dass bei den Privaten niemand mitreden kann, wie der Verkehr erfolgen soll, welche Massnahmen gegen den Lärm ergriffen werden».

Zu einem möglichen Stellenabbau bei den Privaten sagte Gemeinderätin Rytz in einer ihrer Stellungnahmen: «Die Arbeitsplätze bleiben erhalten, ob sie öffentlich sind oder privat.» Die Stadt sei dazu verpflichtet, Schonarbeitsplätze für geschwächte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer anzubieten. Sie erinnerte daran, dass das Projekt dem städtischen Abfallkonzept entspreche, dass also jene Abfallpolitik weiterverfolgt werde, die vom Volk mit der Annahme des neuen Abfallreglementes letzten Herbst gutgeheissen wurde. *sbü*